

sprache: „Es wäre auch mal gut, wenn die leitenden Funktionäre des Kreises, auch der 1. Kreissekretär, in unseren Gemeinden in der Parteiorganisation öden vor der Bevölkerung auf träten.“ Diese und ähnliche Bemerkungen hört man nicht selten von Funktionären in den Randgebieten, und sie wollen damit zum Ausdruck bringen, daß die ständige und unmittelbare Hilfe der übergeordneten Leitungen bei der Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit noch nicht in Ordnung ist. Zur Zeit machen sich viele Genossen in den Ortsleitungen sowie in den Wohnparteiorganisationen darüber Gedanken, wie sie in ihrem Bereich die politische Arbeit, die Verbindung der Parteimitglieder mit der Bevölkerung verbessern können. Sie sind sich der hohen Verantwortung bewußt, die sie bei der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens in ihrem Arbeitsbereich tragen. Die Annahme des Gesetzes „Über die örtlichen Organe der Staatsmacht“ durch die Volkskammer und die unmittelbare Verwirklichung dieses Gesetzes in jeder Gemeinde, Stadt usw. erhöht noch mehr die Verantwortung der örtlichen Parteiorgane und aller Parteimitglieder bei der Gestaltung und Organisation des demokratischen Lebens in ihren Wohngebieten.

Es kommt gerade jetzt darauf an, daß sich alle Parteimitglieder dafür einsetzen, die uns noch hemmenden bürokratischen Erscheinungen in der Arbeit des Staatsapparates und anderer Institutionen aufzudecken und zu überwinden sowie die aktive Teilnahme der Werktätigen bei der Leitung des Staates und in der Arbeit der Nationalen Front zu erhöhen. Die Lösung dieser Aufgaben ist nicht leicht und verlangt deshalb die Mitarbeit aller Parteimitglieder in ihrem Wohngebiet. Die Kraft der Wohnparteiorganisationen allein reicht oft nicht aus, weil das Durchschnittsalter dieser Genossen, von denen ein nicht geringer Teil noch sehr aktiv am politischen Leben teilnimmt, zu hoch und ihr Gesundheitszustand nicht immer der beste ist. Des weiteren ist die Anzahl der Parteimitglieder, da der überwiegende Teil in den Betrieben arbeitet, zur Betreuung großer Wohngebiete zu gering. Diese Feststellung kann man besonders in den Randgebieten um Berlin, aber auch in anderen Städten und Gemeinden treffen.

Auf der Beratung mit den 1. Kreissekretären im November 1956 in Berlin sowie auf den letzten Plenartagungen des Zentralkomitees nahm Genosse Walter Ulbricht u. a. auch Stellung zu dem nichtparteilichen und zum Teil spießbürgerlichen Verhalten von Genossen, bei denen es zur Regel geworden ist, daß mit Betriebsschluß auch die gesellschaftliche Arbeit beendet ist. Solche Genossen nehmen weder am Parteileben noch an der Arbeit der gesellschaftlichen Organisationen in ihrem Wohngebiet teil. Diese Hinweise des Genossen Ulbricht, die im Neuen Weg Nr. 24/1956 veröffentlicht wurden, fanden bei vielen Genossen besonders in den Wohngebieten großen Widerhall. In Groß-Ziethen, Kreis Königs Wusterhausen, z. B., einer Gemeinde mit über 2000 Einwohnern unmittelbar an der Stadtgrenze von Berlin, sind 30 meist ältere Parteimitglieder in den örtlichen Parteiorganisationen organisiert. Im Ort wohnen jedoch 130 Parteimitglieder. Die Teilnahme dieser Genossen, die zum überwiegenden Teil in Berliner Betrieben arbeiten, am politischen Leben in ihrer Gemeinde ist sehr gering bzw. gar nicht vorhanden.

In Wildau, ebenfalls im Kreis Königs Wusterhausen, gibt es eine Reihe guter Beispiele, wie Genossen, die in auswärtigen bzw. Betriebsparteiorganisationen im Ort organisiert sind, helfen, die gesellschaftliche Arbeit in ihrem Wohngebiet zu unterstützen. So arbeiten z. B. die Genossen Ludwig und Schlomski aus dem VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“, Wildau, als Ratsmitglieder aktiv in der Gemeindevertretung und in ihren ständigen Kommissionen mit. Durch ihr